

SCHWERPUNKT

Wissenschaftskommunikation als demokratisches Grundprinzip

von Peter Weingart, Universität Bielefeld und Stellenbosch University, und Holger Wormer, TU Dortmund

Veränderungen in der Wissenschaft (v. a. im Sinne einer Ökonomisierung und Medialisierung im Kontext des New Public Management) und in den Medien (v. a. eine ökonomische Krise im Zuge der Digitalisierung) führen zu einem weit reichenden Wandel der Formen, Strukturen und der Kräfteverhältnisse von Wissenschaftskommunikation zwischen Wissenschaft, Wissenschafts-PR und Journalismus. Der vorliegende Beitrag skizziert einige dieser Veränderungen und führt bisherige Empfehlungen ebenso wie aktuelle Fragestellungen zweier Arbeitsgruppen der deutschen Wissenschaftsakademien zu diesem Themenkomplex zusammen. Die Autoren kommen zu dem Fazit, dass die Analyse der Chancen und Risiken der fortschreitenden Digitalisierung der Kommunikation von Wissen in der Gesellschaft als dauerhaftes Feld der Technikfolgenabschätzung etabliert werden sollte.

Changes in science (especially in terms of commodification and increased media attention in the context of New Public Management) and in the media (in particular an economic crisis in the process of digitization) will lead to a far-reaching transformation of the forms, structures and power relations in science communication between science, science PR and journalism. This paper outlines some of these changes and integrates previous recommendations and current issues of two working groups of the German Academies of Sciences on this topic. The authors conclude that analysis of the opportunities and risks of continuing digitization of knowledge communication in society should be established as a permanent field of technology assessment.

1 Wissenschaft und Wissenschaftspolitik als Gegenstände des öffentlichen Diskurses

Es ist ein fundamentales Prinzip demokratisch verfasster Gemeinwesen, dass ihre Bürgerinnen und Bürger, gegebenenfalls vertreten durch ihre

Repräsentanten im Parlament, über grundlegende politische Richtungsentscheidungen und die dazu erforderliche Verwendung ihrer Abgaben bestimmen. Daraus folgt das Recht auf Information. In modernen repräsentativen Demokratien ist das Mitwirkungsrecht strukturell auf die gewählten Volksvertreter übertragen worden. Wenn es sich um komplexe Gegenstände handelt, wird deren Bearbeitung bzw. Vorbereitung häufig gar wissenschaftlichen Expertengremien überantwortet. Die Wissenschaft ist in modernen Gesellschaften als Institution idealiter Garant der Sachgerechtigkeit politischer Entscheidungen. Die auf Sachgerechtigkeit statt politisch gebotenen Kalkülen beruhende Rationalität stellt neben Abstimmungsentscheidungen und der Delegation von Macht qua Wahlen die Grundlage der Legitimation demokratischer politischer Systeme dar. Die Spezialisierung der Wissenschaft hat zwar spektakuläre Erkenntnisfortschritte ermöglicht, sie vergrößert aber auch kontinuierlich die Distanz zwischen der Wissenschaft und ihrer gesellschaftlichen Umwelt, zwischen Experten und dem Laienpublikum (Bensaude-Vincent 2001).

Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass moderne Gesellschaften immer mehr von Wissenschaft und Technik abhängen. Die Bedeutung von Wissenschaft und Technik schlägt sich sowohl in umfangreichen finanziellen Zuwendungen vonseiten des Staates als auch in einer breit angelegten Wissenschafts-, Technologie- und Innovationspolitik nieder. Zum anderen besteht seit den 1970er Jahren in allen Industriestaaten vermehrt ein Bewusstsein dafür, dass der wissenschaftliche Erkenntnisfortschritt und die technologische Entwicklung unbeabsichtigte Nebenfolgen zeitigen. Entscheidungsrelevante Forschungsergebnisse sowie die Funktionsweise der Wissenschaft und die sie fördernde und regulierende Politik erhalten selten eine breite öffentliche und mediale Aufmerksamkeit – sei es, weil sie außerhalb des Erfahrungsbereichs der großen Mehrheit der Menschen liegen, sei es, weil sie eine hoch spezialisierte, für die meisten unzugängliche Materie darstellen (Bauer 2012).

Diese Situation bedeutet ein zumindest partielles Defizit der demokratischen Legitimität im Sinne der öffentlichen Zustimmung zur Wissenschaft. Der Wissenschafts- und Technologie-

politik fehlt oft die begleitende öffentliche Diskussion, in der Chancen und Risiken verhandelt werden. Die breite Öffentlichkeit bleibt somit im Hinblick auf wissenschafts- und technologiepolitische Fragen tendenziell unterinformiert. Information ist zwar keine hinreichende Bedingung für angemessene Kommunikation, aber aufgrund der genannten Defizite kommt es immer wieder zu überraschend heftigen Reaktionen aus der Öffentlichkeit, die dann in verhärteten, der Kompromissfindung verschlossenen und erst im Nachhinein stattfindenden Diskursen artikuliert werden und auf der Gegenseite zu ebenso verständnislosen Reaktionen führen. Als Beispiele seien die Debatten über die Kernenergie in den 1970er Jahren, die Grüne Gentechnik oder aktuell das Fracking genannt.

Eine transparente sachangemessene Kommunikation sowie die aktive Information der Öffentlichkeit über aktuelle Forschungsergebnisse und die aus ihnen sich ergebenden möglichen politischen Optionen und ihre Risiken sind die Voraussetzung einer ergebnisoffenen Einbeziehung der Öffentlichkeit in den wissenschafts- und technologiepolitischen Diskurs. Sie ist ein fundamentales Erfordernis demokratischer Gesellschaften, dem sich weder die Wissenschaft noch die Politik entziehen können.

2 Risiken der Kommunikation mit der Öffentlichkeit

Die Kommunikation komplexer wissenschaftlicher Erkenntnisse gegenüber Medien, Gesellschaft und Politik birgt vielfältige Herausforderungen. Insbesondere bei der Veröffentlichung von Erkenntnissen, die auf mögliche problematische Entwicklungen hinweisen oder sogar dringenden Handlungsbedarf erfordern, ist eine sachliche Debatte nicht selbstverständlich. Der – vermeintliche oder tatsächliche – Handlungsdruck kann zu weitreichenden und wiederum problematischen (Fehl-)Entscheidungen mit nicht-intendierten Effekten führen. Dies ist besonders bei emotional besetzten Themen zu beobachten. Medien, Gesellschaft und Politik reagieren bei diesen Themen auf Warnungen oder gar Katastrophenszenarien oft sehr stark – letztere greift manchmal (vor-)schnell zu Maßnahmen, die sich

rückblickend als wenig hilfreich erweisen (vgl. z. B. im Falle der „Schweinegrippe“ Antes in 2010 und z. B. <http://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2013/04/29/70-millionen-euro-fuer-bundesreserve>). Neben der Dramatisierung können wissenschaftliche Erkenntnisse andererseits auch durch Medien und Politik unterschätzt oder heruntergespielt und notwendige Maßnahmen vernachlässigt oder verzögert werden (z. B. Nichtraucherschutz). Die Kommunikation wissenschaftlicher Informationen durch die Medien richtet sich offensichtlich stark nach medialen Nachrichtenwerten (für eine Übersicht vgl. Badenschier/Wormer 2012) und somit nicht allein nach den Kriterien der wissenschaftlichen Relevanz. Die eigenständige Auswahl durch journalistische Medien ist zwar im Grundsatz legitim und im Sinne der Kontextualisierung, Kritik und Kontrolle aller gesellschaftlichen Akteure (und somit auch der Wissenschaft) funktional. Problematisch wird die Selektion und Kommunikationsleistung der Medien jedoch insbesondere dann, wenn diese – etwa unter ökonomischem Druck auf die Medienhäuser – jenseits journalistischer Qualitätsstandards erfolgt. Eine entsprechend verzerrende Selektion und Kommunikation wissenschaftlicher Informationen kann dann auch zu einer dieser Logik folgenden Wahrnehmung und Umsetzung in der Politik führen, die in der Konsequenz dann nicht mehr der ursprünglichen Aussage der Wissenschaft entspricht.

In jedem Einzelfall ist es indes schwer vorhersehbar, ob und in welcher Weise die Medien auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse bzw. problematische Befunde reagieren – was man im negativen Sinne als „Unberechenbarkeit“, im positiven Sinne jedoch auch als „begrenzte Manipulierbarkeit“ durch gelenkte PR- und Marketing-Informationen interpretieren kann. Gleichwohl versuchen einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, gezielt die Aufmerksamkeit der Medien und/oder der Politik zu erringen, um auf diese Weise ihre Forschungsthemen – über das übliche Maß hinaus – öffentlich sichtbar zu machen und für deren Förderung zu werben. Der sog. „outreach“, d. h. die Informierung der Öffentlichkeit über neue Forschungsergebnisse, gilt auch als demokratische Berichtspflicht und wird politisch belohnt. Die Grenze zwischen ei-

gennütigen und uneigennütigen Motiven, zwischen Propaganda in eigener Sache und gemeinwohlorientierter Informierung der Öffentlichkeit ist im Einzelfall allerdings schwer zu ziehen. Das gilt sowohl für die einzelnen Wissenschaftler als auch für wissenschaftliche Organisationen (insb. Universitäten und Forschungseinrichtungen).

Tatsächlich sind in den vergangenen Jahren nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Katastrophenprognosen der Wissenschaft erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden. An Beispielen wie dem Waldsterben, der Klimaforschung, der Schweinegrippe u. a. lässt sich zeigen, dass die Aufmerksamkeit von Medien und Politik auf die jeweils prognostizierten Katastrophen zugleich sehr problematische Wirkungen auf das Wissenschaftssystem haben kann, indem z. B. der wissenschaftliche Diskussionsprozess in den Medien auf die Wahrnehmung von Mehrheiten und Minderheiten zugespitzt und politisch bewertet wird. Diese Politisierung kann auf den innerwissenschaftlichen Diskussionsprozess durchschlagen. So kommt es zu einseitigen Interpretationen wissenschaftlicher Erkenntnisse und zu Schlussfolgerungen, bei denen widersprüchliche Befunde ignoriert oder deren Veröffentlichung sogar behindert wird, ebenso wie umgekehrt zur Überbewertung von Positionen, die innerhalb der Wissenschaft als marginal gelten (etwa im Falle der sog. „Klimaskeptiker“). Durch dieserart vereinfachte oder verzerrte Darstellung des innerwissenschaftlichen Diskussionsprozesses kann die Glaubwürdigkeit der Forschung beschädigt werden. Die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit ist deshalb zu einem generellen Problemfeld geworden, da sie nicht ohne Wirkungen auf die Wissenschaft selbst bleibt.

Die Politisierung, mediale Amplifikation und Zuspitzung werden durch die digitalen/sozialen Medien noch verstärkt. In dieser direkten Kommunikation fehlen zunehmend die journalistischen Gatekeeper, was zwar den Wissenschaftlern und der Wissenschafts-PR im Grundsatz den direkten Zugang zu einem neuen Publikum ermöglicht, allerdings auch neue Risiken der Kommunikation und damit auch neue Verantwortung schafft.

3 Formen und Funktionen der Wissenschaftskommunikation

Die Wissenschaftskommunikation hat sich in den letzten zehn bis 15 Jahren stark gewandelt. Die maßgeblichen Veränderungen lassen sich einerseits auf die gestiegenen Erwartungen der Öffentlichkeit (fokussiert durch NGOs und Medien) an eine angemessene Unterrichtung zurückführen. Andererseits hat die Politik seither eine größere Sensibilität gegenüber diesen Ansprüchen auf Transparenz entwickelt. Des Weiteren hat sich auch die Wissenschaft selbst der Gesellschaft gegenüber geöffnet und den Wert einer verständlichen Kommunikation ihrer Ergebnisse entdeckt. Mit zum Teil großem Enthusiasmus und ebensolchem Engagement wenden sich heute einzelne Forscher oder ganze Institutionen gezielt auch an Laien – in „Science Slams“, bei Wissenschaftsfestivals, Kinderunivorlesungen oder zahlreichen Kooperationsprojekten mit Schulen. Die Wissenschaftsorganisationen fördern dieses Engagement z. B. durch die Einrichtung reputationsträchtiger Preise (wie etwa des „Communicator-Preises“ durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)).

Diese Konjunktur der Wissenschaftskommunikation an eine breite Öffentlichkeit¹ – fast ist von einer neuen Industrie zu sprechen – hat inzwischen eine Vielfalt von Formaten unter diesem Etikett versammelt. Zu den vielen unterschiedlichen Aktivitäten gehören u. a.:

- direkte Kommunikation in die Öffentlichkeit seitens der Wissenschaftler/innen, entweder über populärwissenschaftliche Zeitschriften oder Blogs im Internet bzw. über die sozialen Netzwerke,
- journalistische Wissenschaftsberichterstattung in Print- und elektronischen Medien sowie in Blogs von Beobachtern der Wissenschaft,
- Hausberichterstattung von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in hauseigenen Wissenschaftsmagazinen bis hin zu eigenen Kanälen in den sozialen Medien,
- Pressemitteilungen von Universitäten und Forschungseinrichtungen anlässlich von Fachpublikationen und Fachkonferenzen oder orientiert an allgemeinen Nachrichtenanslässen,

- diverse Formate des *Public Understanding of Science* (PUS), *Public Engagement with Science and Technology* (PEST) und des „Dialogs“ der Wissenschaft mit der Öffentlichkeit, z. B. Science Cafés, Science Slams usw.,
- Installationen und Ausstellungen in Museen, „Nächte der Wissenschaften“ sowie die Wissenschaftsjahre des BMBF,
- populäre Bücher und Filme (auch über YouTube), sowohl des dokumentarischen als auch des fiktiven Genres.

Motive, Medien und Publika sind jeweils unterschiedlich involviert, und somit haben die Formate auch unterschiedliche Funktionen – von Kritik und Kontrolle über unmittelbar kommerzielle Interessen (etwa von Verlagen) bis hin zu einer von Partikularinteressen geleiteten persuasiven Absicht von Institutionen.

4 New Public Management und die Entwicklung der institutionellen Wissenschaftskommunikation

Die Ausrichtung der verschiedenen Formate der Wissenschaftskommunikation hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Unter dem Eindruck der Kritik an den paternalistischen und wissenschaftsfixierten Ausgangsannahmen der frühen Formen des PUS sowie der faktischen Widerlegung der These, dass besseres Verständnis zwingend zu höherer Akzeptanz führe (z. B. Evans/Durant 1995), wurden die Formate umgestellt. Dabei geht es nicht zuletzt um die Umstellung von einer einseitigen zu einer wechselseitigen Kommunikation (vgl. z. B. Gerhards/Schäfer 2006, S. 240ff.). *Wissenschaft im Dialog* und *Wissenschaftsjahre* in Deutschland oder *PEST* in England sind heute die Programme entsprechender Organisationsformen. Tatsächlich ist eine auf gegenseitiges Lernen bis hin zu offener Kritik an der Wissenschaft ausgerichtete Dialogkultur, wie sie in solchen Programmen rhetorisch versprochen wird, oft nur in Ansätzen zu beobachten. Vor allem die von PR-Agenturen entwickelten Werbeformate mit Kampagnencharakter, die sich zumeist an ein unspezifisches Massenpublikum richten und dessen Akzeptanzbereitschaft erhöhen sollen, erreichen das Ziel dialogischer Wis-

senschaftskommunikation und eine intensiviertere Partizipation genau nicht.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund des Wandels zu sehen, den die Form der Information der Öffentlichkeit über wissenschaftliche Sachverhalte selbst erfahren hat. Noch in den 1980er Jahren kommunizierten Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten vor allem im Stil eines Paradigmas der Popularisierung von Wissen (kritisch hierzu: Kohring 2005), das durch die Wissenschaft zertifiziert war und somit als weitgehend gesichert (konsolidiert) galt. In der Folgezeit rückte ein Teil der Berichterstattung näher an die Fronten der Forschung (*cutting edge research*) und richtete sich auch auf aktuelle wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Diskussionen, in denen das jeweils infrage stehende Wissen noch unsicher und unter den Mitgliedern der betreffenden Fachgemeinschaften selbst umstritten ist. Dadurch wurden das umstrittene Wissen und die Experten, die es vertraten, zugänglich für Politisierung. Die Wahrnehmung der Autorität wissenschaftlicher Experten in der Öffentlichkeit hat sich aufgrund dessen ebenfalls grundlegend verändert. An die Stelle des Wissenschaftlers, dessen Urteil oft als alternativlos und stellvertretend für die gesamte relevante Expertengemeinschaft galt, ist der Eindruck einer gewissen Beliebigkeit des Expertenurteils, der Bindung an politische Positionen und/oder wirtschaftliche Interessen und vor allem der Unsicherheit und der Vorläufigkeit getreten.

Die für diesen Zusammenhang folgenreichste Veränderung des Wissenschaftssystems ist mit dem Stichwort Ökonomisierung gekennzeichnet. Damit ist die Unterwerfung der Wissenschaft unter die Logik der Märkte gemeint.

Die Universitäten unterliegen zunehmend dem Regime des *New Public Management* (vgl. z. B. Bogumil et al. 2013). Das heißt, sie werden im Sinn von Unternehmen geleitet und müssen in ihren Handlungsstrategien der Logik der Märkte von Auftraggebern (Drittmittelbeschaffung) und jener von künstlich geschaffenen Quasimärkten folgen. Für die Zuweisung materieller Ressourcen müssen sich sowohl die Universitäten als Organisationen als auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler internationalen Vergleichen stellen (Rankings), und sie werden dazu (v. a. in

Medizin, Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften) nach quantifizierbaren Leistungsmaßen (Indikatoren) bewertet. Die durch Rankings und die finanzielle Abhängigkeit massiv intensivierte Konkurrenz zwischen Universitäten motiviert diese zu – von der Politik gewollten und u. a. durch Förderprogramme (wie der Exzellenzinitiative) bewirkten – Profilierungen im Sinne von Differenzierungen untereinander sowie zur werbenden Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit. Analog dazu werden auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch differenzielle Entlohnung wie Ziel- oder Leistungsvereinbarungen motiviert, ihre Forschungsergebnisse international strategisch sichtbar zu publizieren und außerdem – über die Massenmedien – einer breiteren Öffentlichkeit zu kommunizieren. Die Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit geht vielfach auch in die Bewertungsverfahren ein. Das entspricht grundsätzlich dem Gebot öffentlicher Rechenschaftspflicht und fördert institutionell die Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der Öffentlichkeit. Es kann aber dann zu Verzerrungen führen, wenn die betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um der Reputation willen nur die Vorteile und Chancen ihrer Forschungsarbeiten kommunizieren, während sie die gesellschaftlichen Implikationen und Risiken außen vor lassen.

Die Umstellung des Wissenschaftssystems auf das *New Public Management* hat die öffentliche Aufmerksamkeit zur Legitimation von staatlichen Ressourcenzuweisungen erhöht und begünstigt ein durch Eigeninteresse motiviertes Kommunikationsverhalten. Universitäten und Forschungseinrichtungen haben ihre Presseabteilungen zu professionellen Public-Relations-Abteilungen ausgebaut.² Damit entsteht die Gefahr, dass die Eigenwerbung auf Kosten einer sachgerechten Darstellung von Wissenschaft in den Vordergrund tritt und die Grenze zwischen Kommunikation und Marketing schwimmt. Den weitreichenden Einfluss von Pressemitteilungen aus der Wissenschaft auf die journalistische Berichterstattung haben bisher vor allem Autoren aus anglo-amerikanischen Ländern gezeigt (z. B. Sumner 2014; Schwartz et al. 2012; Yavchitz et al. 2012).

5 Veränderungen des Mediensystems

Nicht minder gravierend als die Veränderungen im Wissenschaftssystem sind die Veränderungen im Mediensystem. Hier ist zunächst zwischen allgemeinen Entwicklungen der Massenmedien insgesamt und speziellen Entwicklungen des Wissenschaftsjournalismus als Substruktur innerhalb des Mediensystems zu unterscheiden. Seit etwa zehn Jahren befinden sich die traditionellen Printmedien (insb. die Tageszeitungen) in einer sich zuspitzenden Krise, die durch das Internet und das Auslaufen des auf der Finanzierung durch Anzeigen fußenden Geschäftsmodells ausgelöst wurde. Sie erfasst inzwischen auch den, in Deutschland zwischen der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts international beispiellos boomenden Wissenschaftsjournalismus. Die noch jungen und wenig etablierten Wissenschaftsressorts fielen oft als erste Sparmaßnahmen zum Opfer, nicht zuletzt, weil sie sich wegen ihres vergleichsweise ungünstigen Verhältnisses von (Recherche-)Aufwand und Ertrag besonderen ökonomischen Herausforderungen stellen müssen. Gerade für freie Wissenschaftsjournalisten führt dies zu existenziellen Fragen und der Gefahr einer zunehmenden Vermischung der Tätigkeitsfelder PR und Journalismus.

Die Tendenz einer solchen Vermischung besteht auch in einer weiteren Hinsicht. Durch die digitalen Verbreitungsmöglichkeiten richten sich die – ehemals vor allem auf Journalisten fokussierten Presse- und Kommunikationsabteilungen von Forschungseinrichtungen zunehmend direkt an die Öffentlichkeit. Die Reichweiten der einzelnen Institutionen sind – gemessen an den Maßstäben der bisherigen „Massen“-Medien – für sich genommen zwar immer noch gering, summieren sich aber insgesamt zu einer nicht mehr zu vernachlässigenden Größe. Da journalistische Selektionskriterien und Darstellungsformen auch in der Wissenschafts-PR Anwendung finden, kommt es hier (insb. aus Nutzerperspektive) zu einer Entgrenzung oder „Konvergenz“ (Ruß-Mohl 2012) von Journalismus und PR. Hieraus erwächst einerseits eine neue Verantwortung der Wissenschafts-PR, deren Produkte wie beispielsweise Pressemitteilungen, die bisher vor der Ver-

mittlung an eine breite Öffentlichkeit idealiter einer journalistischen Prüfung und einer Einordnung durch weitere Quellen unterzogen worden waren, nunmehr über das Internet den Endnutzer direkt erreichen können. Andererseits stellt sich die Frage, welche Rolle dem Wissenschaftsjournalismus künftig zukommt, der – zumindest im Hinblick auf primär erklärende Formate – insbesondere im Internet in eine zunehmende Konkurrenz zu (gratis angebotenen) Produkten der Wissenschafts-PR geraten kann.

6 Die Empfehlungen der Akademien

Die Akademien (Leopoldina, acatech und Union der Akademien) haben auf die Entwicklung reagiert und im Jahr 2012 eine Arbeitsgruppe „Wissenschaft, Öffentlichkeit, Medien“ (WÖM) eingesetzt, die Empfehlungen erarbeiten sollte. Die Arbeitsgruppe hat unter Einbeziehung von externen Medien- und Kommunikationswissenschaftlern, Wissenschaftsjournalisten und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen und Einrichtungen etwa eineinhalb Jahre gearbeitet und Empfehlungen erarbeitet (s. Kasten 1 nächste Seite). Hierbei ging es in einem ersten Schritt um eine grundsätzliche Standortbestimmung von und Funktionszuweisung an unterschiedliche Akteure(n) (Wissenschaft, Wissenschafts-PR, Wissenschaftsjournalismus, aber auch Politik und Stiftungen) vor dem Hintergrund der Entwicklungen, wie sie in den vorangegangenen Abschnitten kurz zusammengefasst wurden.

Die Empfehlungen haben ein breites Medienecho hervorgerufen und eine angeregte Diskussion ausgelöst, die sich zunächst vor allem auf zwei Aspekte richtete: das Verhältnis zwischen Wissenschaftsjournalismus und Wissenschafts-PR sowie die Rolle der sozialen Medien für die Wissenschaftskommunikation. Mit Blick auf Letztere wurde unterstellt, dass diese in den Empfehlungen keine oder eine zu geringe Rolle gespielt hätten. Tatsächlich hatte die AG aber eine eigene Expertise zu diesem Themenkomplex eingeholt, die auch im Begleitband zu den Empfehlungen publiziert worden ist (Neuberger 2014). Gleichwohl konstatierte auch diese Analyse zunächst vor allem erheblichen Forschungsbedarf, bevor zu diesem Themenkom-

plex konkrete Empfehlungen formuliert werden könnten. Aufgrund dessen haben die Akademien 2015 eine zweite Arbeitsgruppe „Wissenschaft, Öffentlichkeit, Medien“ (WÖM2) eingerichtet, die zunächst ausgewählte Aspekte einiger sozialer Medien in Form von Netzwerkplattformen (bspw. Facebook, XING, LinkedIN), Multimediaplattformen (bspw. YouTube, Flickr), Weblogs und Microblogs (wie Twitter), Wikis (wie Wikipedia) aufgreifen sollen.

7 Die Aufgaben der neuen Arbeitsgruppe (WÖM 2): die Technikfolgenabschätzung von sozialen Medien und der digitalen Wissenschaftskommunikation

Zwei hauptsächliche Implikationen der sozialen Medien bieten offenbar für das Verhältnis Wissenschaft – Öffentlichkeit, d. h. die Wissenschaftskommunikation in diesem Sinn, die größten Chancen: Zum einen werden mit Blick auf die Kommunikation wissenschaftlicher Inhalte – im Idealfall – mehr Menschen erreicht und günstigenfalls für die Wissenschaft interessiert; auch die Möglichkeiten für ein aufgeklärtes kritisches Publikum wachsen. Die schnelle potenzielle Zugänglichkeit zu einer großen Zahl von Informationssuchenden und Kommunikatoren bedeutet zudem, dass die sozialen Medien potenziell einen sehr hohen Mobilisierungseffekt haben. Zum anderen befreien sie die Kommunikation aus der Falle der „one-way“- (Sender an Empfänger)-Beschränkung und ermöglichen die multilaterale Kommunikation. Aufgrund dessen werden die neuen Medien als eine verheißungsvolle Technik für eine intensivere Partizipation größerer Teile der Bevölkerung gesehen. Eine solche Entwicklung kann man in den inzwischen entstandenen diversen Wissenschaftsblogs sehen, die nicht nur von Wissenschaftlern, der Wissenschafts-PR und dem Wissenschaftsjournalismus, sondern z. T. auch von interessierten Laien betrieben werden. Daran knüpfen sich Hoffnungen auf eine stärkere Demokratisierung der Wissenschaft, u. a. in Gestalt der *Citizen Science*, aber auch im Sinn einer allgemeineren Breitenwirkung der Deliberation über wissenschaftliche (und wissenschaftspolitische) Fragen an, wenngleich viele dieser Erwartungen einer sorgfältigen Differenzierung bedürfen.

Kasten 1: Empfehlungen zur zukünftigen Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen

Empfehlungen an die Wissenschaft

1. Die zentralen Gremien und die Leitungsebenen aller wissenschaftlichen Einrichtungen sollten ihre Kommunikationsstrategien im Hinblick auf die Einhaltung wissenschaftlicher Qualitätsstandards und wissenschaftlicher Redlichkeit überarbeiten und gemeinsam mit Journalisten ethische Grundsätze und Qualitätskriterien zur Kommunikation ihrer Forschungsergebnisse an die breite Öffentlichkeit sowie an Massenmedien entwickeln.
2. Den Wissenschaftsorganisationen wird empfohlen, ein übergreifendes Qualitätslabel für vertrauenswürdige Wissenschaftskommunikation zur Auszeichnung institutioneller Pressearbeit unter den genannten Kriterien einzuführen.
3. Das Prinzip der wissenschaftlichen Redlichkeit und Selbstkritik der einzelnen Wissenschaftlerin und des einzelnen Wissenschaftlers sollte im Hinblick auf die Kommunikation mit der Öffentlichkeit bzw. mit den Medien Geltung erlangen und gestärkt werden. So soll u. a. die wissentliche, nicht durch Daten bzw. Evidenzen gedeckte Übertreibung von Forschungsergebnissen gegenüber den Medien (Hype) als Verstoß gegen gute wissenschaftliche Praxis gelten und entsprechend sanktioniert werden.
4. Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen ihre internen Leistungsmaße verstärkt so gestalten, dass sie nicht ein den Grundsätzen wahrhaftiger Kommunikation widersprechendes Verhalten nahelegen und belohnen.

Empfehlungen an Politik und gesellschaftliche Akteure

5. Der Politik wird empfohlen, Anreize für Universitätsleitungen wie für die Leitungen anderer Forschungsinstitutionen zu setzen, um redliche Kommunikation zu fördern (siehe Empfehlungen 1. bis 4.).
6. Regierung und politische Parteien sollten der Sicherung des regionalen wie überregionalen unabhängigen Qualitätsjournalismus generell gesteigerte Aufmerksamkeit schenken und die Forschung zur Zukunft und Finanzierung des Qualitätsjournalismus vorantreiben. Bei der Formulierung von Forschungsdesideraten zu diesem Themenkomplex sind auch Vertreter der Medien einzubeziehen.
7. Stiftungen in Deutschland sind aufgefordert, ein künftiges Engagement in der nachhaltigen Förderung des Qualitätsjournalismus zu prüfen.³
8. In den Schulen und in der Lehrerausbildung müssen die Regeln und Funktionsweisen des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses stärker vermittelt werden.

Empfehlungen an die Medien

9. Verlagen, Sendern, Verlegerverbänden, Ausbildungseinrichtungen und (wissenschafts-)journalistischen Berufsverbänden wird dringend nahegelegt, die Entwicklung von Qualitätskriterien für die Berichterstattung über Wissenschaftsthemen inhaltlich voranzutreiben und finanziell zu unterstützen. Insbesondere muss eine systematische und kontinuierliche journalistische Aus- und Weiterbildung zur Sicherung der journalistischen Qualität in allen Medien wieder gestärkt, nach außen sichtbar gemacht und insbesondere für die öffentlich-rechtlichen Medien verpflichtend werden.
10. Es wird die Einrichtung eines Wissenschaftspresserats nach dem Vorbild des Deutschen Presserats empfohlen, der Beschwerden über unfaire und fahrlässige Berichterstattung beurteilt, entsprechende Kodizes erarbeitet und eklatante Fehlleistungen rügt.
11. Die derzeit diskutierte Einrichtung eines *Science Media Center* in Deutschland zur Unterstützung der Wissenschaftsberichterstattung wird unter der Maßgabe befürwortet, dass eine solche Einrichtung institutionell dauerhaft aufseiten des Journalismus angesiedelt ist.⁴
12. Den Massenmedien, Verlegerverbänden und vergleichbaren Einrichtungen wird empfohlen, gemeinsame Strategien zur Kommunikation der Rolle und Bedeutung eines unabhängigen Journalismus in der Demokratie zu entwickeln. Insbesondere sollen neue Finanzierungsmodelle für einen unabhängigen und wissenschaftsbasierten Qualitätsjournalismus entwickelt werden, der auch die neuen Medien einbezieht.
13. Die öffentlich-rechtlichen Sender werden nachdrücklich dazu aufgefordert, in ihrem redaktionellen Angebot den Informationsauftrag gegenüber dem Unterhaltungsauftrag wieder deutlich zu stärken.

Quelle: acatech et al. 2014, S. 6f.

Die Chancen der neuen Medien konstituieren zugleich auch ihre Problematik. Nur einige Probleme seien genannt:

- Die hohe Geschwindigkeit der Kommunikation und die allseitige Anschlusskommunikation lassen im Vorfeld kaum oder gar keine redaktionelle Prüfung der verbreiteten Inhalte zu. Die Themenzyklen und damit die Aufmerksamkeit werden immer kürzer.
- Die multilaterale Kommunikation findet oft ohne redaktionelle Steuerung, Gegenprüfung und Selektion, d. h. ohne Routinen der Qualitätskontrolle statt. Plattformen wie Wikipedia versuchen zwar, solche Mechanismen zu erhalten, aber in der Breite geschieht das nicht. Es gibt dann vor der Veröffentlichung keine Kontrolle über den Wahrheitsgehalt von Kommunikationsinhalten; dies führt auch dazu, dass Pseudo-Wissenschaft, zuvor in vielen Fällen im Selektionsprozess („Gatekeeping“) der journalistischen Medien aussortiert, zunächst ähnliche Voraussetzungen für eine Verbreitung und Wahrnehmung im Netz besitzt wie seriöse Wissenschaftskommunikation. Die einzige Chance besteht in der Wachsamkeit der Teilhaber im Netz („Gatewatching“) – und ggf. in der Hoffnung, dass nachträgliche Korrekturen in diesem Prozess Gehör finden.
- Das Mobilisierungspotenzial verbunden mit der Geschwindigkeit der Kommunikation implizieren eine hohe Emotionalisierbarkeit, die vor allem im Hinblick auf mögliche Politisierungs- und Skandalisierungschancen wissenschaftlicher Inhalte, aber auch bezüglich wissenschaftlicher Persönlichkeiten oder Einrichtungen zu erheblichen Desinformationen und Glaubwürdigkeitsschäden führen können. (Als Beispiele sei hier an Aspekte der Klimadiskussion, an die Diskussion von Plagiaten prominenter Politiker oder an spektakuläre Fehlverhaltensfälle von Wissenschaftlern gedacht.)

Bislang ist nicht klar, ob es durch die fortschreitende Digitalisierung eher zu einer Fragmentierung der Öffentlichkeit oder zu einer Konzentration kommt (vgl. Neuberger 2014, S. 322ff.). Indizien sprechen für Letzteres, mit der Gefahr, dass es zu missbräuchlicher Konzentration von Meinungsmacht kommt. Vor diesem Hintergrund

stellt sich erneut die Frage nach den zukünftigen Aufgaben der in der ersten Arbeitsgruppe adressierten Akteure. So ist beispielsweise davon auszugehen, dass – bei allen ungeklärten Fragen der langfristigen Finanzierung – professioneller Qualitätsjournalismus in vielen seiner Funktionen „auf absehbare Sicht unersetzlich“ bleibt (Neuberger 2014, S. 325): etwa als Produzent von Nachrichten, kritisch kommentierender Beobachter, zur Orientierung im wachsenden Informationsangebot und zur Moderation der Anschlusskommunikation.

Die zweite Arbeitsgruppe wird durch Anhörung von Experten, die Eruierung des noch spärlichen Forschungsstands und unter Einbeziehung der *Social-Media-Community* versuchen, mögliche Entwicklungslinien aufzuzeigen. Es erscheint so, als ob die Beobachtung der sich rasch wandelnden Wissenschaftskommunikation eine dauerhafte Aufgabe der Akademien sein sollte – im Sinne einer langfristigen Technikfolgenabschätzung der digitalen Medien auf die Kommunikations- und Meinungsbildungsprozesse in einer (auf verlässliches wissenschaftliches Wissen angewiesenen) demokratischen Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1) Die Ad-hoc-Gruppe Wissenschaftskommunikation der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK) schlägt eine dreiteilige Untergliederung der Wissenschaftskommunikation „von wissenschaftsinternen Kommunikationsprozessen über semi-öffentliche Kommunikationsprozesse zwischen Wissenschaftlern und Akteuren aus Politik (z. B. im Rahmen der Politikberatung), Wirtschaft (...) und anderen gesellschaftlichen Bereichen (z. B. Gesundheitskampagnen) bis hin zu öffentlicher Kommunikation mit Wissenschaftsjournalismus und Wissenschafts-PR“ vor (DGPK 2012; http://www.dgpuk.de/wp-content/uploads/2012/11/Selbstverst%C3%A4ndnispapier-WissKomm-11_20121.pdf). Die vorliegende Arbeit fokussiert sich dabei auf die beiden letztgenannten Bereiche.
- 2) Die Zahl der PR-Kommunikatoren hat sich in den letzten Jahren vervielfacht (vgl. z. B. Marcinkowski et al. 2013).
- 3) Im September 2015 verabschiedeten 26 deutsche Stiftungen in der Folge immerhin bereits eine Erklärung zur Gefährdung des Qualitätsjournalismus.

- 4) Ein Science Media Center Deutschland wurde im Jahr 2015 eingerichtet und soll von Frühjahr 2016 an erste Angebote liefern (<http://www.science-mediacentre.de>).

Literatur

acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften; Union der deutschen Akademien der Wissenschaften; Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hg.), 2014: Zur Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und den Medien. Empfehlungen vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen

Badenschier, F.; Wormer, H., 2012: Issue Selection in Science Journalism: Towards a Special Theory of News Values for Science News? In: Rödder, S.; Franzen, M.; Weingart, P. (Hg.): *The Sciences' Media Connection & Communication to the Public and its Repercussions*. *Sociology of the Sciences Yearbook* 28 (2012), Dordrecht, S. 59–85

Bauer, M.W., 2012: Public Attention to Science 1820–2010 – A „longue durée“ Picture. In: Rödder, S.; Franzen, M.; Weingart, P. (Hg.): *The Sciences' Media Connection & Communication to the Public and its Repercussions*. *Sociology of the Sciences Yearbook* 28 (2012), Dordrecht, S. 35–58

Bensaude-Vincent, B., 2001: A Genealogy of the Increasing Gap between Science and the Public. In: *Public Understanding of Science* 10 (2001), S. 99–113

Bogumil, J.; Burgi, M.; Heinze, R.G. et al., 2013: Zwischen Selbstverwaltungs- und Managementmodell. In: Grande, E.; Jansen, D.; Jarren, O. et al. (Hg.): *Neue Governance in der Wissenschaft*. Bielefeld, S. 49–71

Evans, G.; Durant, J., 1995: The Relationship between Knowledge and Attitude in the Public Understanding of Science in Britain. In: *Public Understanding of Science* 4 (1995), S. 57–74

Gerhards, J.; Schäfer, M.S., 2006: Die Herstellung einer öffentlichen Hegemonie. *Humangenomforschung in der deutschen und US-amerikanischen Presse*. Wiesbaden

Kohring, M., 2005: *Wissenschaftsjournalismus. Forschungsüberblick und Theorieentwurf*. Konstanz

Marcinkowski, F.; Kohring, M.; Friedrichsmeier, A. et al., 2013: Neue Governance und die Öffentlichkeit der Hochschulen. In Grande, E.; Jansen, D.; Jarren, O. et al. (Hg.): *Neue Governance der Wissenschaft: Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung*. Bielefeld, S. 257–287

Neuberger, C., 2014: *Social Media in der Wissenschaftsöffentlichkeit. Forschungsstand und Empfehlungen*.

In: Weingart, P.; Schulz, P. (Hg.): *Wissen – Nachricht – Sensation. Zur Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien*. Weilerswist, S. 315–368

Ruß-Mohl, S., 2012: Opfer der Medienkonvergenz? Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus im Internetzeitalter. In: Füssel, S. (Hg.): *Medienkonvergenz – Transdisziplinär*. Berlin; <http://www.nzz.ch/feuilleton/medien/ohnmaechtige-helden-der-vierten-gewalt-1.18570895> (download 14.1.16)

Schwartz, L.; Woloshin, S.; Andrews, A. et al., 2012: Influence of Medical Journal Press Releases on the Quality of Associated Newspaper Coverage: Retrospective Cohort Study. In: *British Medical Journal* 344 (2012), S. d8164

Sumner, P., 2014: The Association between Exaggeration in Health Related Science News and Academic Press Releases: Retrospective Observational Study. In: *British Medical Journal* 349 (2014), S. g7015

Yavchitz, A.; Boutron, I.; Bafeta, A. et al., 2012: Misrepresentation of Randomized Controlled Trials in Press Releases and News Coverage: A Cohort Study. In: *PLoS Medicine* 9 (2012), S. e1001308

Kontakt

Prof. Dr. Peter Weingart
Fakultät für Soziologie
Universität Bielefeld und South African Research
Chair in Science Communication hosted by CREST
Stellenbosch University
<http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/weingart/>
http://www0.sun.ac.za/scicom/?page_id=3423

Prof. Holger Wormer
Institut für Journalistik
TU Dortmund
Tel.: +49 231 755 4152 oder 6231
<http://www.wissenschaftsjournalismus.org>
<http://www.medien-doktor.de>

« »